

Johannes Arndt

Der Fall

„Meier Cordt contra Graf zur Lippe“

Ein Untertanenprozeß vor den
Territorial- und Reichsgerichten
zwischen 1680 und 1720



GESELLSCHAFT FÜR

REICHSKAMMERGERICHTSFORSCHUNG

HEFT 20

Johannes Arndt

Der Fall

„Meier Cordt contra Graf zur Lippe“

Ein Untertanenprozeß vor den
Territorial- und Reichsgerichten
zwischen 1660 und 1720

Erweiterte und veränderte Fassung
des Vortrags vom 18. Oktober 1996
im Stadthaus am Dom zu Wetzlar

Schriftenreihe
der Gesellschaft für
Reichskammergerichtsforschung

Heft 20
Wetzlar, 1997

Gefördert vom



Landesverband Hessen

Johannes Arndt

Der Fall

„Meier Cordt contra Graf zur Lippe“

Ein Untertanenprozeß vor den
Territorial- und Reichsgerichten
zwischen 1680 und 1720

*Erweiterte und veränderte Fassung
des Vortrags vom 10. Oktober 1996
im Stadthaus am Dom zu Wetzlar*

Gefördert vom



Landesverband Lippe



Johannes Arndt

Der Fall

„Meier Cordt contra Graf zur Lippe“

Ein Grenzstreit vor den
Territorial- und Reichsgerichten
zwischen 1680 und 1720

Erweiterte und verbesserte Fassung
des Vortrags vom 10. Oktober 1906
im Stadtsaal von Bonn zu Weiden



1 A 411 743

u

Inhalt

- 7 Vorbemerkung
- 8 Die Ausgangslage des Rechtsstreits
- 11 Die Verhandlungen vor den lippischen Gerichten
- 13 Die Prozesse vor dem Reichskammergericht
- 18 Das Beschreiten des politischen Weges durch die lippische Landesherrschaft
- 21 Einige Thesen
- 26 Anmerkungen

Vorbemerkung

Lange ist im Gefolge der Forschungen von Günther Franz geglaubt worden, daß der deutsche Bauernstand nach dem Bauernkrieg im frühen 16. Jahrhundert in tiefste Unmündigkeit zurückgestoßen worden sei.¹ Demnach, so die Überzeugung vieler Forscher, hätten die Einflüsse der Fürsten und ihrer Verwaltungen die Verhältnisse auf dem Lande nach Belieben bestimmt. Erst die Habilitationsschrift von Peter Blickle erschloß 1973 die erhebliche Bedeutung bäuerlicher Vertretungsorgane – hier am Beispiel einiger süddeutscher Kleinterritorien – für die Herrschaftsbeziehungen im Ancien Régime. Blickle entdeckte ein ausgeprägtes bäuerliches Bewußtsein für politische und rechtliche Zusammenhänge, das sich durchaus nicht mit herrschaftlichen Vorstellungen deckte. Für die Durchsetzung von Herrschaft bzw. für die Wahrung von autonomen Bereichen in den Gemeinden wurden Instrumentarien erkennbar, die geeignet waren, soziale und wirtschaftliche Interessengegensätze zwischen Obrigkeit, adligen Grundeigentümern und Bauern auf geregelte Weise auszutragen und dadurch gewaltsamen Zuspitzungen vorzubeugen.²

Ausgehend von Blickles Überlegungen und gefördert durch Tagungen im Jahre 1975 über den deutschen Bauernkrieg hat sich auch für zahlreiche andere Territorien und Geschichtslandschaften ein differenziertes Bild von der praktischen Auswirkung rechtlicher Bindungen wie *Grundherrschaft* und *Gutsherrschaft* herausgebildet, wobei Forschungen zu landständischen Gremien wie zur ständischen Gesellschaft generell wichtige Anstöße vermittelten.³ Landesgeschichtliche Studien z.B. von Otto Brunner zu ländlichen Herrschafts- und Aneignungsverhältnissen aus den 1940er Jahren boten dazu Anknüpfungspunkte.⁴ In Umkehrung der früheren Perspektive wurden nun Quellen gesucht, die es ermöglichten, Bauern in ihren familiären und nachbarschaftlichen Gemeinschaftsformen als Subjekte geschichtlicher Prozesse darzustellen. Als Quellengattung boten sich dafür in besonderer Weise die zahlreich überlieferten Prozesse bäuerlicher Untertanen gegen ihre Herren an.⁵ Für die historiographische Beschäftigung mit den ländlichen Unterschichten spielte zudem eine Rolle, daß die DDR-Geschichtsschreibung sich derselben Gesellschaftsschicht annahm, um ihr Theorem einer *frühbürgerlichen Revolution* zu untermauern. Dem Vorhaben der marxistischen Historiker, für diesen Teil der Historie ein Deutungsmonopol zu errichten, stellten sich in der Bundesrepublik zukunftsweisende Erklärungsansätze wie der des *sozialen Konflikts* entgegen, den Winfried Schulze aus der Soziologie entlehnte und für historische Fragestellungen fruchtbar machte.⁶

Doch nicht nur die Bauern und ihre Formen der Selbstverteidigung rückten ins Blickfeld der Verfassungs- und Rechtshistoriker, sondern auch die Austragungsstätten der frühmodernen Konflikte, vor allem die Reichsgerichte.⁷ Dabei spielte

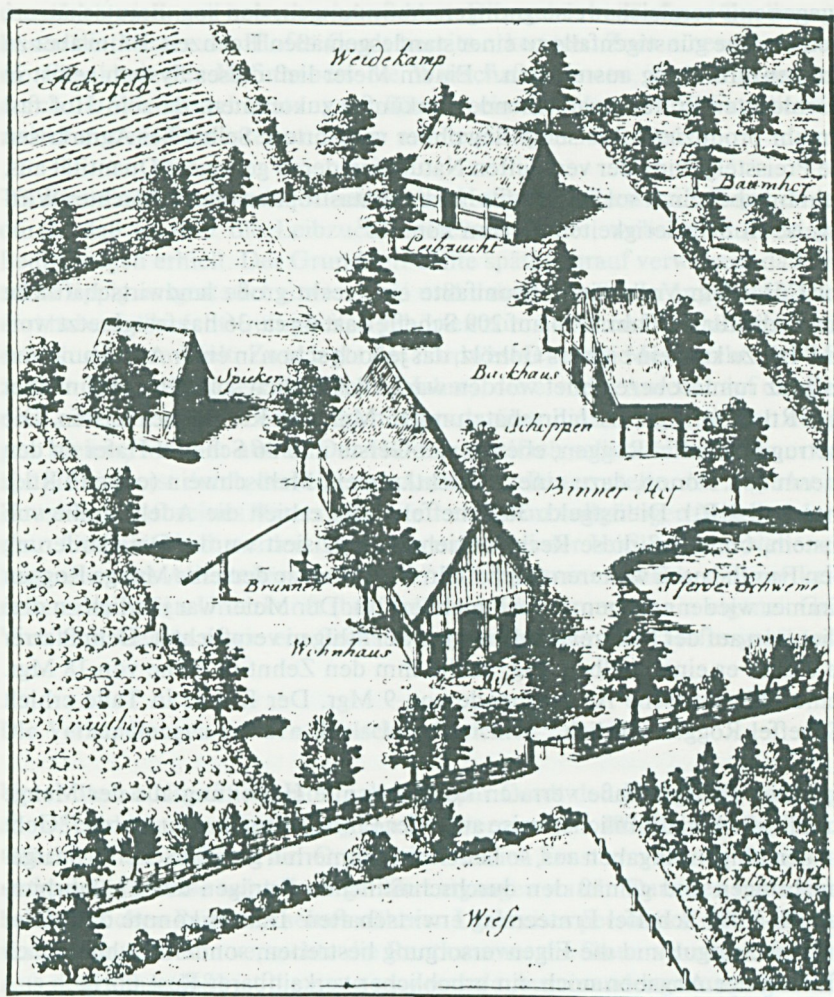
das Reichskammergericht eine zentrale Rolle.⁸ Dieses Gericht hatte zunächst die vornehmliche Aufgabe besessen, bei Auseinandersetzungen zwischen Reichsständen zu vermitteln und auf diese Weise den Landfrieden zu wahren. Bald wuchs dem Gericht jedoch auch die Zuständigkeit für die Schlichtung von Konflikten zwischen Landes- und Grundherren einerseits und bäuerlichen Untertanen andererseits zu. Eigene Machtmittel zur Durchsetzung von Urteilen standen dem Gericht nicht zur Verfügung. Gegebenenfalls war es darauf angewiesen, die Hilfe des Kaisers oder der Kreisdirektoren anzurufen, um Urteile durch Kommissare oder in letzter Konsequenz durch eine militärische Exekution umzusetzen.

Häufiger als der Einsatz von Gewalt fand jedoch im Laufe des Verfahrens eine Schlichtung oder ein Vergleich statt. Wenn Untertanen auch nur selten völlig obsiegen konnten, so verlieh ihnen die Tatsache der rechtsförmigen Beschäftigung mit ihren Beschwerden bereits einen Bedeutungszuwachs, der in der Tendenz friedensstiftend wirkte.⁹ Durch die Länge des Verfahrens ließen sich akute Konfliktpotentiale eindämmen. Eine allmähliche Annäherung der Standpunkte konnte mitunter aus der Perspektive der Untertanen wie ein kleiner Sieg betrachtet werden. Das Verfahren ging ins kollektive Gedächtnis ein: Spätere Generationen erinnerten sich an einen früheren Prozeß vor einem Reichsgericht, was dazu führte, daß es Gegenden im Reich gab, in denen sich eine Neigung zu Untertanenkonflikten ausprägte. Die dazugehörigen Abläufe der Beilegung wiederholten sich in gewissen Abständen.

Doch nicht nur organisierte Bauerngruppen konnten den Weg zu den Reichsgerichten beschreiten, sondern auch Einzelpersonen oder Familien suchten hier ihr Recht. Der Fall, den ich vorstellen möchte, begann als eine Routineangelegenheit in der kleinen, ostwestfälischen Grafschaft Lippe, eskalierte im Laufe von vier Jahrzehnten und beschäftigte schließlich die beiden Reichsgerichte, den Nieder-rheinisch-Westfälischen Reichskreis sowie den Kaiser und den preußischen König. Es ist der Fall der bäuerlichen Familie Cordt aus der lippischen Bauerschaft Osterhagen.¹⁰

Die Ausgangslage des Rechtsstreits

Die dünne Schicht der lippischen Vollmeier gehörte zu den wirtschaftlich privilegierten Ständen der Grafschaft im Weserbergland. Die Landesherrschaft beließ ihnen den ungestörten Genuß ihres sehr umfangreichen Grundbesitzes aus der mittelalterlichen Siedlungszeit, ohne ihn proportional zum bäuerlichen Kleinbesitz zu besteuern. Lippe gehörte zu den Gebieten mit ausgeprägtem Anerbenrecht, das eine ungeschmälernte Weitergabe der landwirtschaftlichen Stätten an einen Sohn, zumeist den ältesten, gewährleistete. Dessen jüngere Geschwister mußten



Ostwestfälischer Vollbauernhof des 18. Jahrhunderts mit Haupthaus, Leibzucht, Speicher, Backhaus, Schuppen, Ziehbrunnen und Pferdeschwemme.

Nachweis: Peter Florens Weddigen, Historisch-geographische Beschreibung der Grafschaft Ravensberg, Leipzig 1790

Abdruck in: Wilhelm Hansen, Hauswesen und Tagewerk im alten Lippe, Münster 3. Auflage 1987, S.34.

sich dagegen mit vergleichsweise geringen Abfindungen, den sog. Brautschätzen, begnügen, welche günstigenfalls zu einer standesgemäßen Hochzeit, kaum aber zu einer Existenzgründung ausreichten.¹¹ Einem Meier ließ dieses System selbst in Zeiten schlechter Ernten ausreichende Einkünfte zukommen, da sein Hof fast immer mehr produzierte, als seine Bewohner verzehrten. Selbst bei Agrarkrisen glied die Preissteigerung der verkauften Naturalien deren geringere Quantität aus, so daß ein Inhaber eines solchen Hofes nur bei Katastrophen oder schlechter Wirtschaftsweise in Schwierigkeiten geraten konnte.¹²

Der Hof Cordt, ein Vollmeierhof, umfaßte eine recht große landwirtschaftliche Nutzfläche, die für das Jahr 1714 auf 209 Scheffelsaat (= ca. 36 ha) festgesetzt worden war.¹³ Hinzu kam ein eigenes Gehölz, das jedoch schon in einer Auflistung von 1683 als ganz ruiniert bezeichnet worden war. An Abgaben sollte der Hofinhaber jährlich 4 Rtl. 22 ½ Mgr. als Jahrschatz und 16 Mgr. zur Kreissteuer leisten. Die Pacht betrug 3 Scheffel Roggen, ebenso viel Gerste und 36 Scheffel Hafer an den Grundherrn von Donop, dazu eine Schlachtkuh, ein Mahlschwein (oder 10 Rtl.), 3 Hühner und 2 Rtl. Dienstgeld. 36 Scheffel Hafer erhielt die Adelsfamilie von Krassenstein, ohne daß diese Rechtsbeziehung präzisiert wurde. Die Forderung derselben Familie nach weiteren 6 Scheffeln Gerste sowie derselbe Menge Roggen wurde immer wieder erhoben, jedoch nicht erfüllt. Der Meier war jährlich zu drei Spanndiensten auf der Meierei Breda mit je zwei Pflügen verpflichtet. Dem Pfarrer in Talle diente er einen halben Tag, zahlte ihm den Zehnt in Höhe von 18 Mgr. sowie eine obligatorische Armenspende von 9 Mgr. Der Küster in Talle erhielt einen Scheffel Roggen jährlich.¹⁴

Die lippischen Flächenmaße verraten noch ihre alte Herleitung aus der Menge Saatgetreide, die herkömmlicherweise auf jeder Einheit ausgebracht wurde.¹⁵ Geht man von den obigen Angaben aus, so ließen sich immerhin gut 200 Scheffel Saatgetreide ausbringen und gemäß den durchschnittlichen Erträgen des 17. Jahrhunderts ca. 800-1.000 Scheffel Ernteertrag erwirtschaften. Daraus konnte der Meier nicht nur das Saatgut und die Eigenversorgung bestreiten, sondern es blieb nach der Erfüllung der Abgaben noch ein erheblicher verkaufbarer Rest übrig.

Dennoch wurde die Familie Cordt von beträchtlichen Schulden bedrückt. Schon aus dem Jahre 1660 ist ein Dokument überliefert, das belegt, daß aus diesem Grund keine Pacht und kein Sterbfall gezahlt wurden.¹⁶ Ein Jahr später zog der Bauer Tönies Arning auf den Hof, nachdem er die Witwe des vorigen Meiers Cordt geheiratet und deren Namen angenommen hatte. Von der Landesherrschaft erbat er einen Freibrief, damit er rechtlich zur Bemeierung befähigt wurde.¹⁷ In diesem Zusammenhang verwies der Antragsteller darauf, daß der verstorbene Meier sieben Jahre lang verletzungs- bzw. krankheitsbedingt an Krücken gehen mußte und nicht arbeitsfähig war. Auch der minderjährige Hoferbe, Caspar Cordt, wurde bereits

damals als nicht voll belastbar bezeichnet. Diese eher beiläufigen Quellaussagen lassen die Misere des Hofes Cordt bereits erkennen: Zum einen verschlechterte die Krankheit des Hofinhabers die Wirtschaftschancen, zum anderen entstand durch die Wiederverheiratung der Bäuerin eine problematische Familiensituation zwischen dem Stiefvater und dem minderjährigen Hoferben.

Tönnies Cordt konnte die Situation des Hofes nicht bessern.¹⁸ Dagegen setzte er durch, daß er 1677 die Leibzucht beziehen konnte, wobei er äußerst günstige Bedingungen erhielt. Der Grundherr sollte später darauf verweisen, daß die Leibzucht üppig ausgestattet gewesen sei und daher eine Sanierung des Hofes behindert habe. Leibzuchtstreitigkeiten gehörten zum üblichen Generationenkonflikt in der bäuerlichen Welt. Zwar legte das nordwestdeutsche Meierrecht eine Mindestzahl an Meierjahren fest (vielfach 15 Jahre), die erst ein Anrecht auf das Beziehen der Leibzucht konstituierten, doch lag es darüber hinaus im Ermessen des jeweiligen Meiers, wann er abtrat. Der Hoferbe, vielfach selbst schon lange erwachsen, konnte sich erst durch den eigenen Antritt der Bauernstelle, der *Auffahrt*, aus der Hausherrschaft seines Vaters lösen und zu einem vollgültigen Mitglied der dörflichen Gemeinschaft werden. So lag es nahe, bei der Hofübergabe Nebenabreden zugunsten des Altenteilers zu tätigen.¹⁹ In Lippe war es üblich, daß zur Leibzucht neben der festen Unterkunft (bei Vollmeierhöfen zumeist ein eigenes Gebäude) Vieh und Geräte sowie ein Sechstel der Grundfläche des Hofes gehörten.²⁰

Die Verhandlungen vor den lippischen Gerichten

Unter diesen Umständen übernahm Caspar Cordt den Hof gleich mit beträchtlichen Schulden. Eine Auflistung von 1683 vermerkte 1.102 Rtl. Verbindlichkeiten.²¹ Gläubiger war zunächst der Grundherr Dietrich Ernst von Donop-Schötmar, dem unfreiwilligerweise seine Pachtgefälle entgangen waren. Daneben hatte sich Cordt bei zahlreichen Personen seines näheren Umkreises persönlich durch Kleinkredite verschuldet. Zudem versuchte die Rentkammer die Steuerschulden einzutreiben. Aus dem Jahre 1681 ist die erste prozessuale Auseinandersetzung überliefert, als die Varenholzer Amtsverwaltung dem Meier wegen seiner Steuer- und Abgabeverweigerung sein bestes Pferd pfändete. Cordts Beschwerde gegen diesen Verwaltungsakt war erfolgreich: Die Landdrostenkanzlei in Detmold hob die Pfändung wieder auf; Cordt erhielt sein Pferd zurück.²²

Drei Jahre später strengte sein Grundherr von Donop, der in niederländischen Armeediensten stand, wegen rückständiger Abgaben eine Klage bei der lippischen Regierungskanzlei an, um Cordt zur Erfüllung seiner Pflichten als Grunduntertan zu zwingen. Donop verwies darauf, daß Cordt inzwischen keine Pferde mehr besäße und daher auch keinen Ackerbau treiben könne. An die Leistung der Abga-

ben sei auf absehbare Zeit nicht zu denken. Die zwangsweise Absetzung des Bauern von seinem Hof, die *Abmeierung*, sei notwendig. Hierzu bot die lippische Polizeiordnung von 1620 ausreichende Handhabe, nach der ein Meier, der seinen Hof verkommen ließ, seiner Rechte verlustig ging.²³

Die Grafschaft Lippe war seit dem frühen 15. Jahrhundert ein geschlossenes Territorium, in dem der Graf als Landesherr alle für den vorliegende Fall bedeutsamen Gerichtsrechte besaß.²⁴ Seine Hoch- und Niedergerichtsbarkeit galt auch für die Höfe, die in grund- oder lehnherrlicher Bindung zum einheimischen Adel standen. Eine Patrimonialgerichtsbarkeit besaßen nur die Inhaber der beiden Rittergüter Iggenhausen und Maspe, so daß für den Meierhof der Familie Cordt die ordentliche Gerichtsbarkeit der gräflichen Gogerichte bzw. der Regierungskanzlei galt.²⁵

Die lippische Gerichtsverfassung wies im Zivilbereich eine Parallelstruktur auf: Oberhalb der Ermittlungsbehörden in den Ämtern und Vogteien urteilte die Detmolder Regierung in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsbehörde und Gericht in erster und zweiter Instanz. Daneben bestand seit 1593 das Hofgericht, das Graf Simon VI. als neues Obergericht gegründet hatte, nachdem ihm von Kaiser Rudolf II. ein *Privilegium de non appellando* (limitiert auf 200 Goldgulden) verliehen worden war. Das Hofgericht verlor jedoch durch Streitigkeiten unter Simons Söhnen den Charakter einer Appellationsinstanz und sank in den folgenden Jahrzehnten zu einem zweiten Gericht zweiter Instanz, gleichberechtigt neben der Regierungskanzlei, herab.²⁶ Die Appellation an die Reichsgerichte blieb von diesem Privileg unbeeinträchtigt: Zahlreiche lippische Untertanen machten nach dem Vorbild der Landstände von der Möglichkeit Gebrauch, die einheimische Rechtsprechung durch ein Gericht überprüfen zu lassen, das nicht dem Einfluß des Grafen unterlag.²⁷

Der Meier nutzte diese Umstände für seine Interessen, indem er die Donopsche Klage mit einer Gegenklage vor dem Hofgericht beantwortete. Dort erlangte er ein Urteil, das einen Vergleich mit dem Grundherrschaft zur Folge hatte. Donop gewährte dem Meier eine Umschuldung und einen neuen Kredit von 300 Rtl. Cordt bat darüber hinaus die Amtsverwaltung, ihm einen Sack Roggen, einen Sack Gerste und sechs Säcke Hafer als Saatgut auszuhändigen; er selbst besitze kein Saatgut mehr.²⁸ Die Prozeßunterlagen wiesen die Notlage des Hofinhabers in nüchternen Worten nach: Bereits 1686 hatte Cordt versucht, einen Kotten seines Hofes an seinen Bruder zu verkaufen, um in den Besitz von Barmitteln zu gelangen. Die Amtsverwaltung verhinderte dieses Geschäft aus grundsätzlichen Erwägungen: Sie wollte eine Entfremdung von Zubehör einer Hofstelle vermeiden, um sich nicht anschließend Forderungen nach einer Steuerreduktion auszusetzen, denn das lippische Steuerwesen beruhte auf festen Anschlägen nach Hofstellen, nicht auf realen Einkommensverhältnissen.²⁹

Caspar Cordt wurde jedoch durch den sehr günstigen Vergleich nicht zahlungsfähig. Im folgenden Jahr erneuerte der Grundherr seine *Kaduzitätsklage* an die Regierungskanzlei mit dem Ziel, den Meier seines Hofes zu entsetzen.³⁰ Das Gericht entschied im Sinne des Klägers und veranlaßte einen Konkurstermin für den 17. April 1689, doch ließ sich die Zwangsversteigerung nicht erreichen, da der Meier immer weitere Rechtsmittel einlegte.³¹ An dieser Stelle wird eine Schwäche des vormodernen Rechtssystems erkennbar: In vielen Fällen ließ sich nicht genau feststellen, wann der Rechtsweg erschöpft und ein Urteil vollstreckbar war. Die Beteiligten – Parteien und Rechtsbeistände – bewahrten sich auf diese Weise die Möglichkeit, eine gerichtliche Auseinandersetzung trotz ergangener Urteile und Mandate immer weiter in die Länge zu ziehen.

Zur selben Zeit wandte sich Cordt in einer Supplikation direkt an den Landesherrn, um Donops Verwalter Hermann Völkening an der Wegnahme seiner Ackergeräte und seines Saatkorns zu hindern. Graf Simon Henrich leitete das Schreiben ans Hofgericht weiter, das den Meier wieder in den vorigen Besitz brachte.³² Im Herbst 1689 setzte die Regierungskanzlei den Prozeß vorläufig aus, da man den Ruin des Meiers verhindern wollte, durch den niemandem gedient sei. Auch der Verwalter Völkening erklärte im März 1690, er nehme davon Abstand, seine Klage weiterhin aufrecht zu erhalten.³³

Die Prozesse vor dem Reichskammergericht

Die Hoffnung des Verwalters und der landesherrlichen Administration, Cordt würde sich nun zumindest durch Abgabenleistungen im Rahmen des für ihn Zumutbaren erkenntlich zeigen, erwies sich als trügerisch. Wenig später lebte die Auseinandersetzung wieder auf. 1691 wandte sich Meier Cordt mit einer Klage gegen Hermann Völkening an das Reichskammergericht, um Übergriffe, Gewalttätigkeiten und Störungen seiner Arbeit durch den Grundherrn abzuwenden. Was Caspar Cordt veranlaßte, die Reichsgerichte anzurufen, läßt sich aus den Akten nicht ersehen. Aus anderen Zusammenhängen ist erwiesen, daß bäuerliche Untertanen die Möglichkeit einer Klage vor den Reichsgerichten seit langem kannten. Dabei dürfte der *Kaisermuthos*, der Glaube an den Sieg der weisen kaiserlichen Gerechtigkeit über das aus bäuerlicher Sicht rechtswidrige Vorgehen der eigenen unmittelbaren Obrigkeit, eine zentrale Rolle gespielt haben. Advokaten, mit denen die betroffenen Bauern ohnehin zu tun hatten, konnten dann zu einer Klageerhebung ermuntern und die notwendigen Formalitäten erledigen.³⁴

Cordt prozessierte auf der Grundlage des Armenrechtes. In der Bezeichnung der Prozeßparteien findet sich mehrfach der Zusatz *pauper* oder *pauperes*, wenn es sich um Vater und Sohn handelte. Das Gericht gab der Klage statt und verfügte

1692 ein Mandat gegen Völkening, die monierten Zwangsmaßnahmen künftig zu unterlassen.³⁵ 1695 war Caspar Cordt mit seinem Versuch, seinem Stiefvater das Leibzuchtsrecht zu entziehen, zwar vor der Regierungskanzlei erfolgreich gewesen, doch hatte das Hofgericht diesen Entscheid aufgehoben. Hiergegen klagte er in Wetzlar. Der Prozeß gewann nun eine neue, politische Dimension, indem der lippische Graf als Landes- und Gerichtsherr selbst zum Prozeßgegner wurde, der einen seiner Untertanen durch seine lokalen Organe beschwerte. Das Reichskammergericht setzte sich gemäß den Maximen seiner Rechtsprechung dafür ein, daß ein Bauer im Besitz seiner ererbten Rechte bleiben konnte. Die lippischen fiskalischen Ansprüche mußten dahinter zurückstehen.³⁶

In Detmold sah man diese Prozeßentwicklung sehr ungern. Das Verständnis, das das Wetzlarer Gericht in zahlreichen Fällen den Beschwerden von Untertanen entgegengebracht hatte, war im Reich bekannt. Die Regierung befürchtete einen Ansehensverlust des Grafen gegenüber anderen Landesherrn allein schon dadurch, daß die lippische Herrschaftsausübung auf dem Prüfstand einer außerlippischen Rechtspflegeeinrichtung stand. So war es begreiflich, daß der lippische Kanzler Johann Barkhausen 1695 in einem Schreiben den Kammerrichter mit beschwörenden Worten bat, ihm Glauben zu schenken und Cordt, diesen *gottlosen Lügner, Verderber*, nicht weiterhin vor einer Bestrafung zu schützen. Es bestünde die Gefahr, daß der Meier *im Lande die fleißigen unterthanen [...] zu seinen nachfolgern mache*.³⁷ Das Schreiben blieb ohne Erfolg: Wenige Tage später hob ein Mandat des Reichskammergerichts ein zweites Mal Verfügungen der Varenholzer Amtsverwaltung gegen Cordt auf. Auch die Maßnahmen der lippischen Regierung zur Verkleinerung der Leibzucht des Cordtschen Hofes wurden kassiert.³⁸

1698 kapitulierte Dietrich Ernst von Donop. Er verkaufte Hermann Völkening die grundherrlichen Rechte an diesem Hof, da er seit langem mehr für die Prozesse ausgegeben als Einkünfte erhalten hatte. Der neue Grundherr bestätigte Cordt seinen Meierstatus und gewährte ihm einen weiteren Vorschuß von 700 Rtl. gegen die Überschreibung des Hofes für den Fall des Zahlungsrückstandes. Von der Landesherrschaft erhielt der Meier zwecks Besserung seiner Lage ein Pferd und Saatgut sowie die Einstellung des gegen ihn schwebenden Fiskalverfahrens.³⁹ Caspar Cordt fühlte sich nach dem Vorgefallenen in seiner Haltung bestärkt, durch Hartnäckigkeit Konzessionen erzielen zu können, zahlte weiterhin keine Abgaben und Zinsen und leistete auch keine Dienste. Die Landesherrschaft kassierte allerdings den Vertrag zwischen Grundherrn und Bauern, um einen Übergang des Hofes in adlige Hand samt der damit verbundenen Entfremdung der herrschaftlichen Gefälle zu verhindern. Hermann Völkening war inzwischen beträchtlich geschädigt durch die erlittenen Leistungsausfälle. Als er im Jahre 1700 seine eigenen finanziellen Verbindlichkeiten gegenüber dem Bielefelder Advokaten Dr. Pott begleichen mußte, wandte er sich an die Landesherrschaft mit der Bitte, ihm die 700 Rtl. auszuzahlen,

die er Cordt vorgeschossen hatte; dafür wollte er der Rentkammer seine Rechte am Hof Cordt überschreiben.⁴⁰ Die Kammer ging darauf nicht ein.

Hermann Völkening erreichte im Jahre 1704 ein Gerichtsurteil, durch das die Familie Cordt vom Hof vertrieben werden sollte.⁴¹ Caspar Cordt hatte sich in den vorangegangenen Jahren mehrfach zu unbedachten Handlungen hinreißen lassen, und Völkening zeigte ihn wegen Beleidigung an. Gegenüber dem Gericht schilderte er eine Szene, bei der der Meier den Untervogt von Talle mit der Drohung, ihm mit der Axt den Kopf abzuschlagen, von seinem Hof vertrieben hatte.⁴² Da Caspar Cordt gegen das Urteil der Regierungskanzlei Widerspruch einlegte, wurde es zunächst nicht exekutiert. Der Hof verfiel unterdessen immer mehr. Im August 1705 versuchte der Verwalter der Meierei Breda, Linnemann, vergeblich, 37 Rtl. von Cordt zurückzuerhalten, die er im Frühjahr in Gestalt von Saatgetreide geliehen hatte. Cordt hatte indessen vertragswidrigerweise das Korn gemäht und war im Begriff, es einzufahren, ohne den Anteil Linnemanns vorher abzugeben.⁴³

Im Laufe des Jahres 1705 übertrug Caspar Cordt den Hof seinem Sohn Jobst Henrich, dessen Wirtschaftsweise sich jedoch nicht von der seines Vaters unterschied. Wieder, wie schon 1677, fand keine Leistung des Weinkaufs statt.⁴⁴ Der Schwager des alten Meiers, Cordt Krüger aus Talle, beschwerte sich darüber, daß der seiner Frau zustehende Brautschatz nach Jahren immer noch nicht ausgezahlt worden sei. Auch schilderte er den Hof Cordt als sehr verfallen: Von fünf Pferden sei nur noch eines vorhanden. Caspar Cordt wurde als *Haderer* und als notorisch prozeßsüchtig charakterisiert.⁴⁵

Für den Zeitraum 1706 bis 1709 bestehen große Lücken in den Akten, so daß die Umstände der Abmeierung der Cordts, die im Frühjahr 1706 unter beträchtlichen Turbulenzen stattfand, nicht im Detail rekonstruiert werden können.⁴⁶ Es ist auch unklar, ob es in diesem Zusammenhang zu weiteren strafbaren Handlungen gekommen ist. Vater und Sohn Cordt wurden jedenfalls mit einem Kriminalprozeß überzogen, an dessen Ende eine Verurteilung Caspar Cordts zur öffentlichen Zwangsarbeit stand. Sein Sohn Jobst Henrich wurde im Juni 1706 als Soldat dem paderbornisch-lippischen Kreiskontingent unter Oberst von Mengersen zugewiesen.⁴⁷ Den Hof überließ man dem Hauptgläubiger Hermann Völkening pfandweise zur Bewirtschaftung.⁴⁸

Mit der Abmeierung der Familie Cordt hatte der Konflikt noch keineswegs ein Ende gefunden. Eingaben und Petitionen mit der Bitte um Wiedereinsetzung in den früheren Besitz wurden zunächst an den Grafen, später auch an die Gräfin verfaßt, blieben jedoch ohne Resonanz.⁴⁹ Die Delinquenten hielten die Prozesse vor dem Reichskammergericht aufrecht. Da das Gericht infolge interner Wirren vorübergehend nicht tätig war,⁵⁰ stellte die Visitationsdeputation Dekrete zugunsten

der Gefangenen aus.⁵¹ Als die Cordts im August 1707 an den Kurfürsten von Mainz mit dem Hinweis sollicitierten, daß der lippische Graf seit 1694 die Entscheidungen des Reichsgerichts ignoriere, protestierte Lippe hiergegen. Die Reichskammergerichtskanzlei übermittelte daraufhin im September 1708 dem lippischen Prokurator Hoffmann die Aufforderung, daß die beiden Kläger bis zur Wiedereröffnung des Gerichts nicht *graviert* würden. Lippe sollte binnen vier Wochen Bericht erstatten.⁵² Die Detmolder Regierung muß diese Aufforderung mit einer als ungehörig betrachteten Note beantwortet haben, denn die Visitationsdeputation erließ am 9. Oktober 1708 ein scharfes Dekret, das dem Prokurator Hoffmann eine Bestrafung androhte, falls er nochmals *ein in dergleichen irrespectuosen terminis eingerichtetes Schreiben* abgeben sollte.⁵³

Schließlich entzog sich Jobst Henrich Cordt dem Waffendienst durch Desertion und begab sich nach Wetzlar, um sich dem Schutz des Reichskammergerichts zu unterstellen. Er mußte in der Stadt arbeiten, um seinen Lebensunterhalt zu sichern. Der lippische Graf sah sich durch Cordts Aufenthalt in Wetzlar in schimpflicher Weise angeprangert und nahm Kontakt zum Paderborner und Münsteraner Bischof Franz Arnold von Wolff-Metternich auf, der in seiner Eigenschaft als Kreisdirektor auch militärischer Vorgesetzter des desertierten Cordt war. Der Bischof wußte es einzurichten, daß einige Wetzlarer Assessoren den Bauern im Juni 1710 mit einer Botschaft vor die Stadt schickten, wo er von einem Trupp Paderborner Soldaten verhaftet und umgehend nach Detmold gebracht wurde.⁵⁴ Man verurteilte ihn, wie seinen Vater, zur Zwangsarbeit.⁵⁵ Graf Friedrich Adolf verfaßte zur Rechtfertigung seines Handelns ein Promemoria, in dem er vier Überlegungen ausführte:

1. Lippe habe sich so verhalten, wie sich andere Mächte, vor allem Preußen, auch verhalten hätten.
2. Böse und gottlose Bauern verdienten es, zur Armee gepreßt zu werden.
3. Untertanen in den großen Territorien könnten sich nicht über eine Abmeierung vor den Reichsgerichten beschweren; daß dies für die kleinen möglich sei, stellte seine Landeshoheit infrage. Aus der Perspektive des Niederrheinisch-Westfälischen Reichskreises sei Jobst Henrich Cordt ein Deserteur, der – notfalls mit Gewalt – zu seiner Einheit zurückgebracht werden müsse.⁵⁶

Die Entführung verursachte im Reich einiges Aufsehen. Der Kemptener Fürstabt Rupert Freiherr von Bodmann, kaiserlicher Prinzipalkommissar der Reichskammergerichtsvisitationskommission, rügte die Aktion in einem Schreiben an Graf Friedrich Adolf.⁵⁷ Das Reichskammergericht, das seine Führungskrise überwunden hatte und 1711 seinen regulären Betrieb wieder aufnahm, hatte im Februar durch den Notar Andreas Müller in Detmold eine Verwandte Cordts, Anna Maria Meyer, vernehmen lassen. Sie schilderte, daß Jobst Henrich Cordt von Johannis

bis Christtag 1710 kreuzweise im *Corps de Garde* in Detmold angebunden gewesen sei. Weihnachten sei er, wie sein Vater, an einen Karren angeschmiedet worden, um tagsüber auf der Meierei Pöppinghausen Schutt wegzufahren.⁵⁸ Das Gericht bekräftigte seine Aufforderung, die beiden Gefangenen umgehend freizulassen. Die Gefangennahme sei eine flagrante Verletzung des Geleitrechtes des Gerichtes gegenüber seinen Prozeßparteien und deren Rechtsvertretern.⁵⁹ Nun stand nicht mehr die Streitsache zwischen der Familie Cordt und ihren Gläubigern im Vordergrund, sondern das Prinzip des freien Zugangs aller Klageberechtigten zum Reichsgericht: Es konnte an diesem Punkt keinen Kompromiß geben.

Für Graf Friedrich Adolf ging es um seine Autorität als Landes- und Gerichtsherr. Zudem fürchtete er in Kenntnis der problematischen Finanzsituation seines Landes schwerwiegende Folgen, wenn seine Rentkammer durch die höchstrichterliche Rechtsprechung daran gehindert würde, Steuerrückstände durch Zwangsmaßnahmen einzutreiben. Lippes Prokurator Hoffmann wies daher das Mandat zurück: Es sei unwirksam, da Lippe hierzu vorher nicht gehört worden sei. Erneut wurden die Mißwirtschaft der Cordts sowie die vielen gescheiterten Sanierungsversuche schriftlich ausbreitet.⁶⁰ Die prozessuale Auseinandersetzung fand in den folgenden Monaten auf zwei Ebenen statt: Während Lippe die moralische Qualität der Cordts infrage stellte, argumentierte das Gericht weiterhin formal, indem es auf der Freilassung der Gefangenen als Voraussetzung zu einer Entscheidung in der Sache bestand.⁶¹

Inzwischen übernahmen Cordts Familienangehörige die Aufgabe, das Reichskammergericht durch Eingaben über die fortwährende Unterdrückung von Caspar und Jobst Henrich Cordt zu unterrichten. Dabei wiesen sie darauf hin, daß nicht einmal die *Christensklaven in der Türkei* so schlimm behandelt würden wie ihre Verwandten.⁶² Ungeachtet der Tatsache, daß das Reichskammergericht nun deutlich mit einem Exekutionsmandat drohte, falls die Gefangenen nicht freigelassen würden, reichte die lippische Regierung einmal mehr in Wetzlar einen Bericht über den beklagenswerten Zustand des Cordtschen Hofes ein.⁶³ Was die Regierung allerdings verschwie, war die Tatsache, daß der von Amts wegen eingesetzte Verwalter des Hofes, Völkening, ebenfalls keine wirtschaftlichen Erfolge aufzuweisen hatte und wie die Cordts die Abgaben hinterzog.⁶⁴

Das Wetzlarer Reichsgericht zeigte sich verärgert über die lippische Verzögerungsstrategie, gab dem Grafen im Februar 1713 jedoch eine weitere Frist von einem Monat zur Freilassung der Cordts. Nachdem diese Zeit ebenfalls ungenützt verstrichen war, erteilte das Gericht dem Niederrheinisch-Westfälischen Reichskreis im Mai 1713 das Mandat, Lippe durch den Einsatz von Machtmitteln zum geforderten Verhalten zu zwingen.⁶⁵

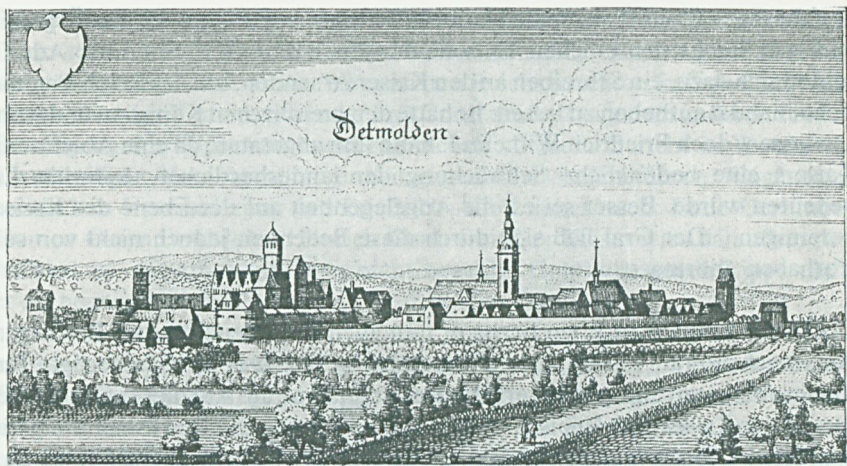
Das Beschreiten des politischen Weges durch die lippische Landesherrschaft

Durch das Exekutionsmandat hatte der lippische Untertanenkonflikt eine neue Dimension erreicht, denn nun drohten nicht mehr nur papierne Einwendungen, sondern das Erscheinen von Kreiskommissaren sowie in letzter Konsequenz ein Eingreifen auswärtigen Militärs in lippische Regierungsangelegenheiten. Damit war nicht nur eine schwere Ansehenseinbuße des Grafen verbunden, sondern auch die Gefahr unabsehbarer Weiterungen, falls die Intervention auch zur Lösung anderer politischer Konflikte zwischen Lippe und seinen Nachbarn genutzt werden würde. Graf Friedrich Adolf sah zudem die Kosten für das bewaffnete Unternehmen auf sich zukommen.

Da seine Hinhaltetaktik in Wetzlar erfolglos geblieben war, setzte der Graf nun auf die politische Karte und trat in Verhandlungen mit der preußischen Regierung, denn nach Lage der Dinge würde Preußen als einer der Kreisdirektoren den Exekutionsauftrag erhalten. Die bewegte Schilderung des Falles in Schreiben nach Berlin vermittelte dort den gewünschten Eindruck: König Friedrich Wilhelm I. teilte dem lippischen Grafen im September 1713 mit, seinen Gesandten von Diest beim Niederrheinisch-Westfälischen Reichskreis instruiert zu haben, die anderen Direktoren des Kreises für Lippe und gegen das Reichskammergericht einzunehmen.⁶⁶ Zur selben Zeit kamen Lippe und Preußen überein, daß Jobst Henrich Cordt von Detmold ins Stockhaus nach Minden unter preußische Aufsicht überführt wurde. Wenig später zwang man ihn zum Eintritt in die preußische Armee.⁶⁷ Das Kreisdirektorium teilte dem Wetzlarer Gericht im Mai 1714 mit, daß Caspar Cordt innerhalb von Detmold Freizügigkeit genieße und daß Jobst Henrich Cordt inzwischen Soldat geworden sei; *das Mandatum de exequendo sine clausula* vom Vorjahr sei damit hinfällig. Das Gericht möge den Vertretern der beiden Bauern künftig keinen Glauben mehr schenken, da sonst auch andere Untertanen gegen ihre Herren rebellieren würden.⁶⁸

Damit war die Reichsjurisdiktion an einer wichtigen Stelle politisch ausgehebelt worden: Der Niederrheinisch-Westfälische Kreis führte das Exekutionsmandat gegen Lippe nicht aus. Als das Reichskammergericht 1715 ein weiteres Mandat gegen Lippe erließ, versicherte sich Graf Friedrich Adolf erneut der preußischen Unterstützung und blieb wieder von Gewaltmaßnahmen unbehelligt, denn die Berliner Regierung setzte durch, daß der Niederrheinisch-Westfälische Reichskreis im Januar 1716 gegen das Mandat protestierte.⁶⁹ Allerdings hatte die preußische Unterstützung auch ihren Preis: Schon Anfang 1714 hatte von Diest den lippischen Grafen aufgefordert, sich im Niederrheinisch-Westfälischen Reichsgrafenkollegium dafür einzusetzen, daß Preußen dort zwei Stimmen erhielt.⁷⁰

Durch die preußische Unterstützung war für den lippischen Grafen zwar die ärgste



Ansicht der lippischen Residenzstadt Detmold (um 1650)

Kupferstich von Matthäus Merian, 11,5 cm x 19 cm

(c): Lippisches Landesmuseum Detmold

Gefahr eines Eingriffs in seine Herrschaftsrechte beseitigt, doch das Ärgernis der widrigen höchststrichterlichen Entscheidungen blieb. Graf Friedrich Adolf entschloß sich dazu, ein Schreiben an den Kaiser zu senden, um das Reichskammergerichtsmandat aufheben zu lassen. Er hatte den preußischen König zuvor davon wissen lassen, doch Friedrich Wilhelm I. hatte ihm abgeraten, da eine Ablehnung des Kaisers eine bedenkliche Schwächung der landesherrlichen Autorität Lippes bedeuten würde. Besser sei es, die Angelegenheit auf der Ebene des Kreises zu bereinigen.⁷¹ Der Graf ließ sich durch diese Bedenken jedoch nicht von seinem Vorhaben abbringen.

Durch die Eingabe in Wien bezog er nun auch das zweite oberste Reichsgericht, den Reichshofrat, in die Auseinandersetzung ein. Das Gericht fertigte für das Reichsoberhaupt eine gutachterliche Stellungnahme an. Auf dieser Grundlage entsprach der Kaiser dem lippischen Wunsch und setzte das Reichskammergerichtsmandat aus, forderte aber, daß ihm ein Bericht aus Wetzlar übersandt würde. Das kaiserliche Schreiben kommentierte die Haltung des Kammergerichts mit der Bemerkung, wenn der Fall Cordt Schule machte, würden bald nirgendwo mehr im Reich landesherrliche Befehle befolgt. Auch eine ausdrückliche Ehrenerklärung für die Rechtsprechung des Gerichts konnte die Unzufriedenheit des Reichsoberhauptes nicht verschleiern.⁷²

Das Reichskammergericht verteidigte seinen Standpunkt: Da der lippische Graf die Cordts gefangengesetzt habe, um ihnen den Rechtsweg abzuschneiden, habe das Gericht so handeln müssen. Cordt gelte in Wetzlar nicht als Deserteur, sondern als *Cliens camerae*. Das Kreisdirektorium habe sich erst recht nicht einzumischen, da es aus reinem *Territorial privat interesse* handle. Es sei ungehörig, daß Lippe nicht den regulären Rechtsweg gegen das Mandat einschlage, sondern den *Recursum extraordinario et insolito modo* an die Kreisausschreibenden Fürsten gewählt habe. Der Kaiser, so schloß das Gericht, möge sich seiner Haltung anschließen und die Widersetzlichkeit des Kreisdirektoriums und Lippes gegen die Reichsjurisdiktion beenden.⁷³ Da Graf Friedrich Adolf angesichts der öffentlichen Unterstützung seiner Position Caspar Cordt immer noch nicht entlassen wollte, verhängte das Reichskammergericht eine Geldbuße gegen ihn wegen Nichtbefolgung des Gerichtsentscheids.

Trotz dieser vordergründigen Wahrung der lippischen Interessen stellte sich bald heraus, daß die Möglichkeiten einer Reichsgrafschaft, sich dem Rechtssystem des Reiches dauerhaft entgegenzustellen, beschränkt waren. Territorien wie Preußen oder Bayern, Sachsen oder Hessen-Kassel konnten sich eventuellen Anordnungen aus Wetzlar widersetzen, weil sie nicht nur über weitgehende Gerichtsprivilegien, sondern auch über einen relativ geschlossenen Herrschaftsbereich samt kompakter Machtausübung im Innern verfügten. Kleinterritorien dagegen waren aufgrund der

Konflikte mit mächtigen Nachbarn, mit ambitionierten Verwandten und Erbfolgeanwärtern sowie infolge ihrer oft prekären finanziellen Situation darauf angewiesen, sich im eigenen Interesse die Wege zu den Reichsgerichten freizuhalten.⁷⁴ Ein derart schwebendes Verfahren wie der Fall Cordt mußte bei jedem anderen Prozeß mit Beteiligung der lippischen Landesherrschaft vor dem Gericht in Wetzlar zu einer nachteiligen Voreingenommenheit gegen den Grafen führen. Ungeachtet der politischen Unterstützung gab Friedrich Adolf daher nach: Ende Dezember 1717 kamen Caspar und Jobst Henrich Cordt frei. Der Kaiser wies daraufhin den Reichsfiskal an, die erhobene, aber nicht bezahlte Geldbuße gegen Lippe nicht weiter zu beanspruchen.⁷⁵

In der Folgezeit bemühten sich die Cordts erfolgreich, ihren Hof zurückzuerhalten. Die lippische Landesregierung gab diesem Vorhaben nach längeren Verzögerungen statt. Ein Vergleich vom Juni 1721 regelte die Rahmenumstände für die Übergabe des Hofes.⁷⁶ Im Juli 1721 verhandelte Jobst Henrich Cordt bereits darüber, vom Verwalter des Landrats und Drost von Grothe als Interimswirt den Hof mitsamt den Feldfrüchten zu übernehmen.⁷⁷ Die Auszahlung von mehreren tausend Reichstalern Haftentschädigung, die das Reichskammergericht der Familie Cordt zugesprochen hatte, ließ allerdings noch zwanzig Jahre später auf sich warten.⁷⁸

Einige Thesen

1. Die lippischen Behörden versuchten zunächst, den Konflikt um die Abgabenerleistung des Meiers im eigenen Lande zu halten. Daß dies nicht gelang, darf als Ansehensverlust für den Landesherrn gewertet werden. Graf Friedrich Adolf war sich bewußt, daß eine Niederlage vor dem Reichskammergericht gegen einen Untertanen seinem Ansehen im Reich sehr abträglich war. Daher wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um von außen auf das Wetzlarer Gericht einzuwirken - bis hin zur Einschaltung Preußens, des Niederrheinisch-Westfälischen Reichskreises und des Kaisers.
2. Bemerkenswerterweise beugte sich das Reichskammergericht dem gemeinschaftlichen Druck durch Fürsten und Reichsinstitutionen nicht, sondern behauptete seine Unabhängigkeit. Im vorliegenden Fall profilierte sich das Gericht weder als kaiserfreundlich noch als pro-fürstlich gesinnt, sondern als konsequenter Bewahrer überkommener Rechts- und Billigkeitsvorstellungen, die jenseits der Interessen der beteiligten politischen Potenzen lagen.
3. Die Prozesse der Familie Cordt verdeutlichen die komplexen wechselseitigen Kontrollmechanismen des Reichs: Graf Friedrich Adolf zur Lippe war ein min-



Porträt des Grafen Friedrich Adolf zur Lippe (1667-1718)

Kupferstich

(c): Lippisches Landesmuseum Detmold

dermächtiger Reichsstand, der trotz preußischen Schutzes einen freien Zugang zu den Reichsgerichten benötigte, um seine politischen Interessen dauerhaft wahren zu können. Dies zwang ihn zu einer rechtskonformen Herrschaftsausübung. Daher mußte er die beiden Bauern schließlich freilassen.

4. Dennoch schöpfte Lippe nicht alle Möglichkeiten völlig aus, die das Reichsrecht ihm bot. So wurde bemerkenswerterweise im Laufe der Auseinandersetzung nicht auf das *Privilegium de non appellando* recurriert, das Graf Simon VI. 1593 von Kaiser Rudolf II. bis zur Streitwerthöhe von 200 Golddukaten verliehen worden war.⁷⁹ Auch brachte Graf Friedrich Adolf den Konflikt nicht vor den Reichstag. Diese Option stand nach Durchlaufen des regulären Instanzenweges auch noch zur Verfügung, selbst wenn sie umstritten war. Ein Versuch schien jedoch in diesem Fall aus Prestigegründen nicht zweckmäßig zu sein.
5. Es ist charakteristisch für die Rechtskultur des Heiligen Römischen Reiches, daß Bauern, die allem Anschein nach nicht selbst schreiben konnten,⁸⁰ dennoch unter bestimmten Umständen die Chance hatten, sich über so lange Zeiträume hinweg gegen die vereinigten Bemühungen von Grund- und Landesherren zu behaupten. Die Reichsgerichte wurden zu einer Vermittlungsinstanz zwischen zwei unterschiedlichen Rechtsauffassungen, dem alten Recht, auf dessen Grundlage die Bauern argumentierten, und dem positiven Römischen Recht, das vom modernen Territorialstaat in Anspruch genommen wurde.
6. Zum bäuerlichen Rechtsverständnis gehörte nicht nur, daß ein Landwirt seinen ererbten Hof selbst bei Verschuldung behaupten wollte, sondern auch, daß ihm ein ausreichendes Einkommen pfändungsfrei belassen werden mußte. Bei der Familie Cordt und dem Reichskammergericht lassen sich Vorstellungen erkennen, die der Rechtsfigur des modernen zivilrechtlichen Pfändungsschutzes verwandt sind, d.h. des Anspruchs auf eine garantierte Einkommensgrundlage, die in jedem Fall der Steuer und den Gläubigern entzogen ist. Bei der lippischen Landesherrschaft herrschte hierfür kein Verständnis.
7. Es lag ganz im Sinne dieser bäuerlichen Strategie, während der Zeit der Auseinandersetzung nur so viele Feldfrüchte anzubauen, wie zum Überleben der Familie erforderlich waren, nicht aber den gesamten Hof zu bewirtschaften, was die Gegenseite nur zu weiteren Pfändungen ermuntert hätte. Aus Sicht der herrschaftlichen Beamten wurde dies jedoch als weiteres Indiz für die Cordtsche Mißwirtschaft gewertet.
8. Im Laufe der Auseinandersetzung vermischten sich die strafrechtliche und die zivilrechtliche Ebene des Prozesses: Strafurteile waren in der Rechtsordnung des Reiches nicht durch die Reichsgerichte überprüfbar. Haftverschonung für



Bäuerliche Arbeitsszene in der Senne (1713)
 Kupferstich von N. Rudolphi, 14 cm x 19,5 cm
 (c): Lippisches Landesmuseum Detmold

die Cordts wurde daher mit dem Argument angestrebt, daß nur die persönliche Freiheit eine hinreichende Grundlage für die Wahrnehmung der Rechte in Wetzlar bot. Für den lippischen Landesherrn bedeutete eine Umsetzung dieser Forderung einen Eingriff in seine Strafrechtsrechte.

9. Das Stehvermögen der Familie Cordt über viele Jahrzehnte hinweg ist bemerkenswert. Auf die Hartnäckigkeit, mit der ein berechtigter Anspruch über alle Zwischenfälle hinweg und trotz aller Opfer und Risiken vertreten wurde, wies schon Winfried Schulze hin: Bauern kämpften, wie auch andere Mitglieder der ständischen Gesellschaft, nicht allein für ihr individuelles Recht, sondern auch für das ihrer Nachfahren. Sollten diese einst wirklich in den Genuß des umstrittenen Gutes kommen, so hatten sich der Streit und der Widerstand gelohnt.⁸¹

Anmerkungen

- 1 Vgl. die entsprechende These von GÜNTHER FRANZ, *Der deutsche Bauernkrieg*, Darmstadt 10. Auflage 1977, S.300.
- 2 PETER BLICKLE, *Landschaften im Alten Reich*, München 1973.
- 3 HANS K. SCHULZE, Art. Grundherrschaft, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, Bd.1, Berlin 1971, Sp.1824-1842; VOLKER PRESS, Formen des Ständewesens in den deutschen Territorialstaaten des 16. und 17. Jahrhunderts, in: PETER BAUMGART (Hg.), *Ständetum und Staatsbildung in Brandenburg-Preußen*, Berlin, New York 1983, S.280-318; WINFRIED SCHULZE (Hg.), *Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität*, München 1988; DERS., *Die ständische Gesellschaft des 16./17. Jahrhunderts und die moderne historische Forschung*, in: HANS-ERICH BÖDEKER/ERNST HINRICHS (Hg.), *Alteuropa – Ancien Régime – Frühe Neuzeit? Probleme und Methoden der Forschung*, Stuttgart 1991, S.51-77; WERNER TROSSBACH, *Bauern 1648-1806*, München 1993, S.78-87.
- 4 OTTO BRUNNER, *Land und Herrschaft. Grundlagen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter*, Wien 1941, 5. Auflage 1965.
- 5 Zur Wandel der historiographischen Bewertung: PETER BIERBRAUER, *Bäuerliche Revolten im Alten Reich. Ein Forschungsbericht*, in: PETER BLICKLE (Hg.), *Aufbruch und Empörung? Studien zum bäuerlichen Widerstand im Alten Reich*, München 1980, S.1-68; WINFRIED SCHULZE (Hg.), *Europäische Bauernrevolten der frühen Neuzeit*, Frankfurt/Main 1982. Als Beispiele für viele vergleichbare Studien: WINFRIED SCHULZE, *Bäuerlicher Widerstand und feudale Herrschaft in der frühen Neuzeit*, Stuttgart 1980; WERNER TROSSBACH, *Bauernbewegungen im Wetterau-Vogelsberg-Gebiet 1648-1806. Fallstudien zum bäuerlichen Widerstand im Alten Reich*, Darmstadt, Marburg 1985; DERS., *Soziale Bewegung und politische Erfahrung. Bäuerlicher Protest in hessischen Territorien 1648-1806*, Weingarten 1987.
- 6 WINFRIED SCHULZE, Die veränderte Bedeutung sozialer Konflikte im 16. und 17. Jahrhundert, in: HANS-ULRICH WEHLER (Hg.), *Der deutsche Bauernkrieg 1524-1526*, Göttingen 1975, S.277-302; zur Begrifflichkeit: S.279f. Anm.12. – Zur DDR-Historiographie vgl. u.a. HELGA SCHULTZ, *Bäuerliche Klassenkämpfe zwischen frühbürgerlicher Revolution und dreißigjährigem Krieg*, in: *ZfG* 20, 1972, S.156-173.
- 7 RUDOLF SMEND, *Das Reichskammergericht*, Teil 1: *Geschichte und Verfassung*, Weimar 1911 (ND Aalen 1965); BERNHARD DIESTELKAMP (Hg.), *Das Reichskammergericht in der deutschen Geschichte – Stand der Forschung und Forschungsperspektiven*, Köln, Wien 1990; DERS. (Hg.), *Die politische Funktion des Reichskammergerichts*, Köln u.a. 1993; FRIEDRICH BATTENBERG/ FILIPPO RANIERI (Hg.), *Geschichte der Zentraljustiz in Mitteleuropa. Festschrift für Bernhard Diestelkamp (65.)*, Köln u.a. 1994. Vgl. zum aktuellen Forschungsstand: KARL HÄRTER, *Neue Literatur zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich*, in: *Ius Commune* 21, 1994, S.215-240; BERNHARD DIESTELKAMP, *Tendenzen und Perspektiven in der Erforschung des Reichskammergerichts*, in: INGRID SCHEURMANN (Hg.), *Frieden durch Recht. Das Reichskammergericht von 1495 bis 1806*, Mainz 1994, S.453-456.
- 8 Das andere oberste Reichsgericht, der Reichshofrat, ist demgegenüber trotz einiger Forschungsbemühungen noch über weite Strecken *Terra incognita*: JOHANN CHRISTIAN HERCHENHAHN, *Geschichte der Entstehung, Bildung und gegenwärtigen Verfassung des kaiserlichen Reichshofrates*, 2 Bde., Mannheim 1791-1792; OSWALD VON GSCHLIESSER, *Der Reichshofrat. Bedeutung und Verfassung, Schicksal und Besetzung*

- einer obersten Reichsbehörde von 1559-1806, Wien 1942 (ND Nendeln 1970); WOLFGANG SELLERT, *Die Ordnungen des Reichshofrates 1550-1766*, Teil 1: 1550-1626, Köln, Wien 1980 (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 8/I).
- 9 Vgl. zur systemtheoretischen Ausdeutung der rechtsförmigen Konfliktschlichtung in Weiterentwicklung von Niklas Luhmanns Thesen von der Legitimation durch Verfahren: TROSSBACH, *Soziale Bewegung* (wie Anm.5), S.174-179.
 - 10 Osterhagen bestand aus vier Höfen und gehörte zur Vogtei Hohenhausen im nördlichsten lippischen Amt Varenholz. – Der Fall ist reichlich, aber nicht gleichmäßig aktenmäßig dokumentiert. Grundlage der vorliegenden Studie waren verschiedene Verwaltungs- und Gerichtsakten des Detmolder Staatsarchivs sowie die bezogene Überlieferung im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien sowie der Außenstelle des Bundesarchives in Frankfurt/Main: Staatsarchiv Detmold: Salbuch von 1683: StA Detmold, L 101 C 1, Amt Varenholz, Nr.7; Amtsakten des Amtes Varenholz: L 25, Nr.179; fünf Prozeßakten der lippischen Regierungskanzlei: L 83 A, 9 M 23; 10 D 69; 10 M 93; 10 M 94; 10 V 1; 11 M 167; fünf Akten über Cordts Prozesse vor dem Reichskammergericht: L 83 A, 9 D 53 (Cordt ./ Hermann Völkening 1691 wegen gewaltsamer Übergriffe); L 82, Nr. 119 (Cordt ./ von Donop 1695 wegen Bestrebungen, eine Abmeierung einzuleiten); Nr. 120 (Cordt ./ lippische Kanzlei 1695 und seinen Stiefvater Tönnies Cordt wegen der Leibzuchtsrechte); Nr. 121 (Cordt ./ lippische Landesherrschaft 1711 wegen Aufhebung der Gefangenschaft); Nr. 654 (Cordt ./ lippische Landesherrschaft 1711 wegen Rechtsverweigerung); eine Akte über die Korrespondenz zwischen Lippe und seinen Prokuratoren am Sitz des Reichskammergerichts: L 74, Nr.316; die Kolonatsakte über den Hof Cordt: L 92 T 1, Tit.88, Nr.1, Bd.1. – Hauptstaatsarchiv Düsseldorf: Niederrheinisch-westfälisches Kreisarchiv (NWKA), Bestand I, Nr.L 1 (Gefangennahme Caspar Cordts 1713-1716); Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (im folgenden HHStA Wien abgekürzt): Bestand Reichshofkanzlei: Kleinere Reichsstände, Nr.330 (Lippe). Außenstelle des Bundesarchives in Frankfurt/Main, AR I-III, Nr.21, 22 und 24 (Urteile und Mandate des RKG 1711, 1712 und 1715).
 - 11 Das Anerbenrecht wurde durch die Polizeiordnung von 1620 festgeschrieben: Lippische Landesverordnungen, Bd.1, S.358-389. Zur Entwicklung der Brautschätze: JOSEF WYSOCKI/ VOLKER WEHRMANN, *Lippe. Leben – Arbeit – Geld 1786-1986*, Detmold 1986, S.56f.
 - 12 Vgl. die Modellrechnung über die Auswirkungen von Agrarkrisen im Ancien Régime auf die spezielle Situation von großen, mittleren und kleinen Getreideproduzenten: HANS-ULRICH WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd.1, München 1987, S.78f.
 - 13 Über die Ackerfläche liegen unterschiedliche Angaben vor: Drei Fuder (= ca. 25 ha): Salbuchangaben von 1683: StA Detmold, L 101 C 1, Amt Varenholz, Nr.7, S.285f.; fünf Fuder (= ca. 42 ha): Schreiben des Vogtes Johann Christoph Wistinghausen an die Regierungskanzlei, 9. Okt. 1712: StA Detmold, L 83 A, 10 M 94 (s.p.); 4 1/3 Fuder oder 209 Scheffelsaat (= ca. 36 ha): Spezifikation der Ländereien des Hofes Meiercordt aufgrund der Kammerverordnung vom 26. Nov. 1714: StA Detmold, L 92 T 1, Tit. 88, Nr.1, Bd.1 (s.p.).
 - 14 Salbuch von 1683: StA Detmold, L 101 C 1, Amt Varenholz, Nr.7, S.285f.; vgl. auch StA Detmold, L 25, Nr.179, S.97.
 - 15 Zu den Maßen: FRITZ VERDENHALVEN, *Alte Maße, Münzen und Gewichte aus dem deutschen Sprachgebiet*, Neustadt/Aisch 1968.
 - 16 Ein Hinweis auf die Weigerung, die Abgaben zu zahlen: Beurkundung des Hieronymus Adrian Schlön, gen. Tribbe, über hinterzogene Abgaben, Febr. 1660: StA Detmold, L 25,

- Nr.179, S.83. – Der Sterbfall war eine Abgabepflicht, die aus der Leibherrschaft resultierte: Beim Besitzerwechsel des Hofes mußte 10 % der beweglichen Hinterlassenschaft des Vorbesitzers an den Leihherrn entrichtet werden; lebte dessen Witwe noch auf dem Hof, so reduziert sich die Abgabe auf 5 %: GEORG FERDINAND FÜHRER, Kurze Darstellung der Meyerrechtlichen Verfassung in der Grafschaft Lippe, Lemgo 1804, S.87-90; WILHELM TASCHE, Das lippische Höferecht, Lage 1909, S.15.
- 17 Arning an die Varenholzer Amtsverwaltung, 21. Juli 1661: StA Detmold, L 25, Nr.179, S.77.
- 18 Trotz Tönnies Cordts Versprechungen, den Hof zu sanieren, meldete ein nicht näher bezeichneter Heinrich Kreckmann 1662 an den Varenholzer Landdrosten, daß Cordt seine Abgaben mit Rücksicht auf die schlechte Verfassung des Hofes nicht bezahlte: Kreckmann an den Landdrosten, o.D. 1662: StA Detmold, L 25, Nr.179, S.79.
- 19 Vgl. Supplik des Verwalters Hermann Völkening (im Auftrag des Grundherrn) gegen den Altenteiler Tönnies Cordt, (praes.) 27. Jan. 1687: StA Detmold, L 83 A, 9 D 53, S.8f. Zur Problematik der Hofübergabe: PETER BORSCHKEID, Geschichte des Alters. Vom Spätmittelalter bis zum 18. Jahrhundert, München 1989, S.71-77.
- 20 FÜHRER, Meierrechtliche Verfassung (wie Anm.16), S.113-119.
- 21 Salbuchangaben von 1683: StA Detmold, L 101 C 1, Amt Varenholz, Nr.7, S.286.
- 22 Cordt an die Landdrostenkanzlei, Okt. 1681: StA Detmold, L 25, Nr.179, S.89f.; Dorsalvermerk der Verwaltung zu Cordts Gunsten vom 10. Nov. 1681.
- 23 Donop an die Detmolder Kanzlei, Okt. 1684: StA Detmold, L 25, Nr.179, S.95. Zur Rechtsgrundlage der Abmeierung: Lippische Polizeiordnung von 1620: Lippische Landesverordnungen Bd.1, S.358-389; hier: Titul 11, § 1.
- 24 Die *herrschaftsbegründenden Rechte*, wie sie Dietmar Willoweit nannte (Hochgerichtsbarkeit, Regalität, Untertänigkeit), wurden sämtlich vom lippischen Herrscherhaus ausgeübt: Vgl. DIETMAR WILLOWEIT, Rechtsgrundlagen der Territorialgewalt. Landesobrigkeit, Herrschaftsrechte und Territorium in der Rechtswissenschaft der Neuzeit, Köln, Wien 1975, S.110.
- 25 FRIEDRICH-WILHELM BARGE, Die Grafschaft Lippe im Zeitalter der Grafen Friedrich Adolf und Simon Henrich Adolf (1697-1734), Diss. Göttingen (Mschr.) 1953, S.27.
- 26 Zur lippischen Gerichtsverfassung: BERNHARD EBERT, Kurzer Abriss einer lippischen Rechtsgeschichte für die Zeit seit Simon VI., in: Lippische Mitteilungen 25, 1956, S.12-60; vgl. auch: JOACHIM HEIDEMANN, Das lippische Gerichtswesen am Ausgang des 17. Jahrhunderts, in: Lippische Mitteilungen 31, 1962, S.130-143. – Zum Hofgericht: JÜRGEN MIELE, Das lippische Hofgericht 1593-1743. Ein Beitrag zu Entstehungsgeschichte, Gerichtsverfassung und Prozeßverfahren des zivilen Obergerichts der Grafschaft Lippe unter Berücksichtigung reichsgesetzlicher Bestimmungen, Diss. Göttingen 1984.
- 27 Gerhard Benecke erwähnte 203 Prozesse von lippischen Untertanen gegen die Landesherrschaft zwischen 1500 und 1806: GERHARD BENECKE, Society and Politics in Germany 1500-1700, London, Toronto, S.276. Vgl. zur generellen Bedeutung des Reichskammergerichts und des Reichshofrats für Lippe: JOHANNES ARNDT, Die Grafschaft Lippe und die Institutionen des Heiligen Römischen Reiches im 17. und 18. Jahrhundert, in: Zeitschrift für historische Forschung 18, 1991, S.149-176; bes. S.161-166.
- 28 Vertrag zwischen Donop und Cordt vom 4. April 1687: StA Detmold, L 82, Nr.119, S.91f.; Bitte an die Amtsverwaltung, [April] 1687: StA Detmold, L 25, Nr.179 (s.p.).
- 29 Entscheidung des Gogerichts vom 29. Sept. 1686 sowie die Beschwerde von Hans Heinrich Cordt an Graf Simon Henrich zur Lippe dagegen, 19. März 1688: StA Detmold, L 25, Nr.179 (s.p.).

- 30 Klage Donop ./ Cordt, 18. Okt. 1688: StA Detmold, L 83 A, 9 D 53, S.20-23. Donop hatte eine Aufstellung der Schulden Cordts vornehmen lassen, die zu diesem Zeitpunkt 679 Rtl. betrugen. Die Abschriften der verschiedenen Schuldverschreibungen (zumeist kleinere Beträge über 20-50 Rtl.) dokumentieren, wie der Hof immer weiter in Bedrängnis geraten war: Ebd., S.39-42 u. 82.
- 31 Urteil vom 8. März 1689: StA Detmold, L 92 T 1, Tit.88, Nr.1, Bd.1 (s.p.).
- 32 Eingabe Cordts an Graf Simon Henrich, (praes.) 24. Febr. 1689: StA Detmold, L 83 A, 9 D 53, S.31f.
- 33 Aussetzung des Prozesses durch die Regierungskanzlei, 5. Dez. 1689: StA Detmold, L 83 A, 9 D 53, S.102; Erklärung Völkenings vom 31. März 1690: Ebd., S.106.
- 34 Zum bäuerlichen Rechtsbewußtsein: SCHULZE, Bäuerlicher Widerstand (wie Anm.5), S.62-66. Vgl. auch die Bemerkungen bei WERNER TROSSBACH, Die Reichsgerichte in der Sicht bäuerlicher Untertanen, in: BERNHARD DIESTELKAMP (Hg.), Das Reichskammergericht in der deutschen Geschichte. Stand der Forschung, Forschungsperspektiven, Köln, Wien 1990, S.129-142, bes. S.131-133.
- 35 Abschrift des RKG-Mandats vom 4. März 1692: StA Detmold, L 83 A, 9 D 53, S.116-118.
- 36 Die lippische Landesherrschaft wurde in Wetzlar durch Reichskammergerichtsprokurator Dr. Johann Friedrich Hoffmann vertreten, Cordt durch einen nicht näher benannten Dr. Meyer. Zur Einführung in das Prozeßverfahren vor dem Reichskammergericht samt ausführlichen Literaturverweisen: SÖNKE LORENZ, Das Reichskammergericht. Ein Überblick für den angehenden Benutzer von Reichskammergerichts-Akten über Geschichte, Rechtsgang und Archiv des Reichsgerichtes mit besonderer Berücksichtigung des südwestdeutschen Raumes, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 43, 1984, S.175-203. Zur Regelung des Armenrechts: HEINRICH WIGGENHORN, Der Reichskammergerichtsprozeß am Ende des alten Reiches, Diss.jur. Münster 1966, S.165-169.
- 37 Barkhausen an den Kammerrichter, (praes.) 4. März 1695: StA Detmold, L 82, Nr.119, S.176-179; Zitate: S.178v.
- 38 Abschrift des RKG-Mandats vom 14. März 1695: StA Detmold, L 83 A, 9 D 53, S.204-207.
- 39 Vgl. Schreiben der lippischen Landesregierung an den Kammerrichter, 17. April 1720: StA Detmold, L 82, Nr.121, S.1-17.
- 40 Völkening an die Regierung, (praes.) 11. Juni 1700: StA Detmold, L 25, Nr.179, S.192f.
- 41 Urteil der Regierungskanzlei vom 14. Nov. 1704: StA Detmold, L 82, Nr.654, S.337-339. Bereits 1702 hatte Völkening der Regierung vorgerechnet, daß Cordts grundherrliche Schulden in den letzten Jahren von 1.586 Rtl. 22 Mgr. (22. März 1699) über 1.920 Rtl. 21 Mgr. (18. Jan. 1700) auf 2.125 Rtl. 5 Mgr. (23. März 1702) angestiegen waren: Vgl. die entsprechenden Verzeichnisse: StA Detmold, L 83 A, 10 V 1, (s.p.).
- 42 Anlage zum Abmeierungsdekret: Klage Völkenings gegen Exzesse von Caspar Cordt, (praes.) 27. Sept. 1704: StA Detmold, L 82, Nr.654, S.341f.
- 43 Linnemann an die Regierungskanzlei, (praes.) 10. Aug. 1705: StA Detmold, L 25, Nr.179, S.202f.; Kreditvertrag vom 20. April 1705: Ebd., S.204f.
- 44 Der *Weinkauf* war die Abgabe, die die grundherrliche Abhängigkeit dokumentierte. Sie wurde bei jedem bäuerlichen Besitzwechsel fällig und betrug je nach Größe des Hofes zwischen 10 und 20 % eines Jahresertrags: FÜHRER, Meyerrechtliche Verfassung (wie Anm.16), S.111. Hinterziehung des Cordt'schen Weinkaufs 1677: Schreiben der Landesregierung an den Kammerrichter, 17. April 1720: StA Detmold, L 82, Nr.121, S.9v-10r. Hinterziehung des Weinkaufs 1704: Ebd., S.8r.
- 45 Cordt Krüger an Regierung, (praes.) 24. Febr. 1706: StA Detmold, L 25, Nr.179, S.214f.

- Die Regierung gab dem Antrag Krügers auf Rechtsschutz statt: Frontvermerk, ebd. Krüger klagte später den Brautschatz seiner Frau vor der Regierungskanzlei ein: Prozeßakten vgl. StA Detmold, L 83 A, 10 M 93.
- 46 Zu den Turbulenzen bei der Abmeierung: Schreiben von Cordts Anwalt Meyer ans Reichskammergericht, (praes.) 27. Okt. 1719: StA Detmold, L 82, Nr.654, S.349-361; Schreiben der Landesregierung an den Kammerrichter, 17. Febr. 1720: StA Detmold, L 82, Nr.121, S.8v-9r. Vgl. zu Caspar Cordts Verbindlichkeiten in Höhe von 2.000 Rtl.: Ebd., S.15v. In den folgenden Wochen fanden Verhandlungen mit den Gläubigern vor der Regierungskanzlei statt: Vgl. StA Detmold, L 83 A, 10 M 93, pas. (s.p.).
- 47 Vereidigung des Sohnes zum Kreissoldaten, 22. Juni 1706: StA Detmold, L 82, Nr.654, S.221.
- 48 Rechtsgrundlage: Dekret der Regierungskanzlei an den Vogt Wistinghausen, 23. Jan. 1708: StA Detmold, L 82, Nr.654, S.344.
- 49 Petition an Graf Friedrich Adolf, 27. Juni 1707: StA Detmold, L 83 A, 10 M 94 (s.p.); Petition an die Gräfin, (praes.) 18. Mai 1709: StA Detmold, L 25, Nr.179, S.224.
- 50 Zu den inneren Auseinandersetzungen am Reichskammergericht zwischen 1704 und 1711: SMEND, Das Reichskammergericht (wie Anm.7), S.217-219; HEINZ DUCHHARDT, Reichskammerrichter Franz Adolf Dietrich von Ingelheim (1659/1730-1742), in: Nassauische Annalen 81, 1970, S.173-202; VOLKER PRESS, Das Reichskammergericht in der deutschen Geschichte, Wetzlar 2. Auflage 1987 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung, Heft 3), S.37f.
- 51 Das Reichskammergericht setzte sich in aller Regel, ungeachtet der Chancen für eine bauernfreundliche Entscheidung, dafür ein, daß gefangengenommene Kläger freigelassen wurden, damit sie ungehindert ihre Rechte als Prozeßpartei wahrnehmen konnten: Vgl. TROSSBACH, Soziale Bewegung (wie Anm.5), S.157.
- 52 Cordt an Kurmainz, (Abschrift praes. Detmold) 27. Aug. 1707: L 83 A, 10 M 94 (s.p.); Kurmainzische Kanzlei an Hoffmann, 4. Sept. 1708: Ebd.
- 53 Visitationskommission an Hoffmann, 9. Okt. 1708: StA Detmold, L 83 A, 10 M 94 (s.p.).
- 54 Die Geschichte der abenteuerlichen Festnahme Jobst Henrich Cordts berichtete die Bäuerin Anna Maria Meyer, eine Verwandte Cordts, am 27. Nov. 1711 gegenüber dem Reichskammergericht: HStA D, NWKA I, L 1, S.4-7. Als Gewährsleute benannte Frau Meyer den lippischen Sekretär Hirschfeld und den Schloßpedell Johann Philipp Sack.
- 55 Hinweis auf die Verurteilung zur Zwangsarbeit: StA Detmold, L 82, Nr.654, S.91v; vgl. auch S.98v.
- 56 Promemoria des Grafen Friedrich Adolf zur Lippe, 17. Juni 1710: StA Detmold, L 83 A, 10 M 94 (s.p.).
- 57 Schreiben des Abtes von Kempten an Lippe, 25. Juni 1710: StA Detmold, L 83 A, 10 M 94 (s.p.). Zum Kemptener Fürstabt Rupert von Bodmann: DUCHHARDT, Reichskammerrichter Franz Adolf Dietrich von Ingelheim (wie Anm.50), S.190; PRESS, Das Reichskammergericht (wie Anm.50), S.38.
- 58 Zeugenvernehmung vom 12. Febr. 1711: StA Detmold, L 82, Nr.654, S.58f. Frau Meyer wurde zusammen mit ihrer Tochter, Anna Maria Steinbock, am 27. Nov. 1711 erneut vernommen. Beide berichteten weitere Einzelheiten über den beklagenswerten Gesundheitszustand der Cordts: HStA Düsseldorf, NWKA I, Nr.L 1, S.4-9. Am selben Tag sagte auch der Reichskammergerichtsbote Friedrich Christian Münch als Zeuge vor dem Gericht aus, er habe anläßlich seiner Mandatzustellung in Detmold im Vormonat die beiden Cordts bei der Zwangsarbeit gesehen: Zeugenaussage Münchs vom 27. Nov. 1711: HStA D, NWKA I, Nr.L 1, fol.21v-23v.

- 59 Androhung eines Mandats des RKG zur Freilassung der Cordts (*Mandatum de relaxandis captivis sine clausula*), 1. Okt. 1711: StA Detmold, L 82, Nr.654, S.40-47; hier: S.42v-43r.
- 60 So erwähnte Hoffmann, das Leibzuchthaus des Hofes Cordt sei ohne Konsens an die Gläubiger überschrieben worden; das Gehölz hätten sie *verhauen*. Im letzten Meierjahr habe Jobst Henrich Cordt trotz seiner großen Ackerfläche nur sieben Scheffel Roggen und vier Scheffel Hafer für den Eigenbedarf angebaut: Hoffmann an das Reichskammergericht, 14. Dez. 1711: StA Detmold, L 82, Nr.654, S.67-72.
- 61 Das RKG entschied am 15. Juni 1712, Lippe nochmals eine Frist zu gewähren, den Vollzug des Mandats vor vergangenem Oktober zu melden: Bundesarchiv Außenstelle Frankfurt/Main, AR 1-III, Nr.21, fol.46v-47r. Als von Lippe keine erheblichen Einwendungen gemacht werden konnten, setzte das Gericht das *Mandatum de relaxandis captivis sine clausula* am 28. Sept. 1712 in Kraft: Ebd., fol.94.
- 62 Schreiben der Familie Cordt an den RKG-Prokurator Meyer, 23. Aug. 1712: StA Detmold, L 82, Nr.654, S.101f.
- 63 Die lippische Regierung teilte mit, daß Waldungen geschädigt worden seien, daß man Dielen im Wohnhaus herausgebrochen und alle *Mobilibus und Moventibus* veräußert habe. Saatgut sei auf dem Hof nicht mehr zu finden: Lippische Regierung an das RKG, (praes.) 20. Jan. 1713: StA Detmold, L 82, Nr.654, S.104-108; der Vergleich mit den Sklaven in der Türkei: S.104v-105r.
- 64 Beschwerde des Hohenhauser Vogtes Johann Christoph Wistinghausen an die Kanzlei, 18. und 19. Febr. 1709: StA Detmold, L 25, Nr.179, S.343, 353f.
- 65 RKG-Entscheidung vom 20. Febr. 1713: Bundesarchiv Außenstelle Frankfurt/Main, AR 1-III, Nr.22, fol.21; Exekutionsmandat des RKG gegen Lippe, 15. Mai 1713: Ebd., fol.72v.
- 66 König Friedrich Wilhelm I. in Preußen an Graf Friedrich Adolf zur Lippe, 16. Sept. 1713: StA Detmold, L 83 A, 10 M 94 (s.p.); Dank Friedrich Adolfs an den preußischen König, 30. Sept. 1713: Ebd.
- 67 Cordt beschwerte sich am 5. Jan. 1714 in einem Schreiben an Meyer über die Zwangsrekrutierung: StA Detmold, L 82, Nr.654, S.127; vgl. Prozeßprotokoll, 12. Jan. 1714: Ebd., S.10.
- 68 Schreiben der Kreisausschreibenden Fürsten des Niederrheinisch-Westfälischen Reichskreises an das RKG und den Kaiser, 5. Mai 1714: HStA D, NWKA I, Nr.L 1, S.178f.
- 69 Das RKG-Mandat ist nicht überliefert, muß aber im Oktober oder November 1715 ausgestellt worden sein. Bittschreiben des Grafen Friedrich Adolf zur Lippe an Baron von Ilgen nach Berlin, 12. Dez. 1715: StA Detmold, L 25, Nr.179, S.256f.; Schreiben der Kreisausschreibenden Fürsten des Niederrheinisch-Westfälischen Reichskreises an den Kammerrichter, 7. Jan. 1716: StA Detmold, L 82, Nr.654, S.246-248.
- 70 Schreiben von Diests an Graf Friedrich Adolf zur Lippe, 14. Jan. 1714: StA Detmold, L 83 A, 10 M 94 (s.p.); zum Stimmrechtsbegehren Preußens im Grafenkollegium: JOHANNES ARNDT, Das Niederrheinisch-Westfälische Reichsgrafenkollegium und seine Mitglieder 1653-1806, Mainz 1991, S.22-24.
- 71 Schreiben Friedrich Adolfs an den Kaiser, 13. Mai 1716 (mit detaillierter Schilderung der Vorgeschichte des Falles): HHStA Wien, Reichshofkanzlei: Kleinere Reichsstände, Nr.330. Schreiben der Kreisdirektoren an den Kaiser, 7. Juni und 17. Sept. 1716: Ebd. Zu den preußischen Bedenken: Friedrich Wilhelm I. an Graf Friedrich Adolf zur Lippe, 26. Mai 1716: StA Detmold, L 74, Nr.316 (s.p.).
- 72 Schreiben des Kaisers ans Reichskammergericht, 14. Okt. 1716: HHStA Wien, Reichshofkanzlei: Kleinere Reichsstände, Nr.330.

- 73 Bericht des Reichskammergerichts an den Kaiser, 27. Febr. 1717: HHStA Wien, Reichshofkanzlei: Kleinere Reichsstände, Nr.330.
- 74 Werner Troßbach weist im Zusammenhang mit bäuerlichen Widerstandsaktionen im Wetteraugebiet und den anschließenden Prozessen vor den Reichsgerichten darauf hin, daß sich die Wetterauer Grafen in derselben Situation wie ihr lippischer Standesgenosse befanden: TROSSBACH, Soziale Bewegung (wie Anm.5), S.162f.
- 75 Mitteilung der Entlassung: Lippische Regierung an den Kaiser, 5. Jan. 1718: StA Detmold, L 82, Nr.654, S.284. Erlassung der Geldbuße: Schreiben des Kaisers an Graf Simon Henrich Adolf, 3. Nov. 1718: StA Detmold, L 74, Nr.316 (s.p.). Der Aktenvorgang wurde am 20. Febr. 1720 geschlossen; ein abschließendes Urteil erging nicht.
- 76 Vgl. Hinweis in der Quittung von Judith Meyer Cordt über die empfangenen 100 Rtl. von ihrer Schwägerin Anna wegen der Zession ihrer Rechte am Hof, 16. April 1723: StA Detmold, L 83 A, Nr.11 M 167 (s.p.).
- 77 Cordt an die Regierung, (praes.) 28. Juli 1721: StA Detmold, L 25, Nr.179, S.259f. Am 20. Okt. 1721 trat Hermann Völkening alle grundherrlichen Rechte am Hof Meiercordt an die Landesherrschaft gegen eine einmalige Abfindung ab: StA Detmold, L 92 T 1, Tit.88, Nr.1, Bd.1 (s.p.).
- 78 Vgl. die Angaben in einem Prozeß Christian Cordts aus dem Jahre 1740: Er protestierte in diesem Schreiben dagegen, daß ihm eine Mahlkuh gepfändet worden sei, nachdem er Pachtabgaben zurückgehalten hatte, um sie als Druckmittel wegen der rückständigen Entschädigungsleistung zu verwenden: Cordt an die Amtsverwaltung, o.D. (1740): StA Detmold, L 25, Nr.179, S.298f.
- 79 Möglicherweise ist das Wissen um dieses Privileg vorübergehend in Vergessenheit geraten. Zur Verleihung des Privilegs: StA Detmold, L 1, Urkunde 1593 Febr. 13.
- 80 An zwei Stellen sind in Abschriften von Vergleichen zwischen Caspar Cordt und seinem Grundherrn Kreuze statt seiner Unterschrift gezeichnet: StA Detmold, L 82, Nr.121, S.20v.; L 82, Nr.653, S.244. Auch sein Sohn Jobst Henrich signierte mit Kreuzen: StA Detmold, L 82, Nr.654, S.156.
- 81 SCHULZE, Bäuerlicher Widerstand (wie Anm.5), S.119-121.

Umschlagabbildung:

Ansicht der Kirche von Talle (19. Jahrhundert)

Bleistift- und Tuschezeichnung von Emil Zeiß, 19 cm x 27 cm

(c): Lippisches Landesmuseum Detmold

Impressum:

Herausgeber: Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e. V.

Redaktion: Anette Baumann

Layout: Hartmut Brückner, Bremen

Druck: Druckerei Bechstein, Wetzlar

